

Rente mit 67 und der alte Rürup-Faktor

Beitragssatz soll auf höchstens 22 Prozent steigen / Die Empfehlungen der Kommission

BERLIN. Arbeitnehmer sollen in Zukunft später in Rente gehen, und die Renten sollen in geringerem Maße steigen als die Löhne. Auf diese Kernvorschläge zur Reform der Rentenversicherung haben sich die Mitglieder der Rürup-Kommission mehrheitlich geeinigt. Der Vorsitzende Rürup sagte am Donnerstag in Berlin, nach den Vorstellungen der Arbeitsgruppe solle das Renteneintrittsalter von 2011 an bis 2030 schrittweise von 65 auf 67 Jahre heraufgesetzt werden. Wer wie bisher Rentenabschläge in Höhe von 3,6 Prozent pro Jahr in Kauf nehme, solle am Ende frühestens mit 64 Jahren in Ruhestand gehen können.

Außerdem sollen über einen in der Höhe noch nicht festgelegten „Nachhaltigkeitsfaktor“ die jährlichen Rentenerhöhungen gedämpft werden - in Anlehnung an den alten demographischen Faktor der Regierung Kohl, der ebenfalls von Rürup entwickelt, von der rot-grünen Regierung aber abgeschafft worden war. Das Rentenniveau werde damit zwar langfristig sinken, sagte Rürup. Die Einbußen würden aber durch die längere Lebensarbeitszeit sowie die zusätzliche Versorgung über die „Riester-Rente“ kompensiert. „Minusrunden“ für die Rentner werde es geben. Der neue Faktor solle nach Rürup schon von 2005 an gelten.

Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung werde nach diesen Reformmaßnahmen bis 2030 auf höchstens 22 Prozent steigen, versicherte Rürup. Nach dem jetzigen Rentenrecht wäre ein Anstieg auf 24 bis 25 Prozent unvermeidlich. Der Wirtschaftswissenschaftler Börsch-Supan sagte, mit dem höheren Rentenalter werde die steigende Lebenserwartung aufgefangen, mit der neuen Formel die sinkende Zahl der Beitragszahler. Die Kommission rät der Bundesregierung davon ab, die Beitragsbemessungsgrundlage in der Rentenversicherung um weitere Einkommensarten zu erweitern. Neue Personengruppen wie Beamte, Selbständige oder geringfügig Beschäftigte sollten nicht einbezogen werden, weil dies langfristig die Systeme zusätzlich belastete. Die Kommission rechnet damit, daß die Regierung zur Stabilisierung der Beiträge kurzfristig weitere Maßnahmen ergreifen werde, etwa die Verschiebung der Rentenanpassung Mitte 2004 auf den Jahreswechsel 2004/2005. Dadurch würde der Beitragssatz dauerhaft um 0,2 Prozentpunkte gesenkt.

...

Den vollständigen Artikel finden Sie in der FAZ vom 25.04.03 unter www.faz.net